

# Argumente für Bonn

Infobrief der SPD-Fraktion  
Ausgabe 2/2011

## Worum es beim WCCB geht.....

Das Internationale Kongresszentrum Bonn (WCCB) ist in aller Munde. Seitdem im Herbst 2009 die Bauarbeiten zum Stillstand gekommen sind und die Vertragspartner der Stadt Bonn Insolvenz anmelden mussten, wird nach Wegen aus der Krise gesucht.

Das WCCB ist von einer breiten Mehrheit im Rat der Stadt Bonn auf den Weg gebracht worden, weil das Kongresszentrum die Arbeitsbedingungen der UN in Bonn verbessern sollte. Die UN schaffen und sichern Arbeitsplätze in Bonn und sind daher ein wichtiger Pfeiler für ein starkes Bonn. Kongresse und Konferenzen – von der UN und anderen Organisationen in Bonn durchgeführt – tragen ebenfalls zur wirtschaftlichen Stärkung der Stadt Bonn bei.

Daher ist eines nach wie vor von breiter Mehrheit im Rat getragen: Das Kongresszentrum muss möglichst bald zu Ende gebaut werden, um diese Ziele zu erreichen. Und der Weiterbau muss mit möglichst wenigen Risiken für die Stadt Bonn und unter größtmöglicher Schonung

der städtischen Finanzen erfolgen.

Bis vor wenigen Wochen war es der breite Wille des Rates, dass der Weiterbau im Rahmen einer einvernehmlichen Heimfallregelung mit dem Insolvenzverwalter erfolgen soll. Dazu hat der Rat in den letzten Monaten mehrfach Eckpunkte beschlossen, die auch eine maximal mögliche „Heimfallentschädigung“ beinhaltet.

Einvernehmlich setzt voraus – man muss sich zwischen den beteiligten Akteuren



(Stadt Bonn, Insolvenzverwalter, Sparkasse, als größtem Gläubiger) einigen. Und hierbei sind und waren viele Einzelfragen zu berücksichtigen, die die Verhandlungen in die Länge gezogen haben.

Es liegt nun eine ausverhandelte **einvernehmliche Heimfallregelung** vor, die

die Verwaltung, unter Hinzuziehung umfassender Beraterleistungen, dem Rat am 14. April 2011 in einem Beschlussvorschlag unterbreitet hat. Dieser Vorschlag wurde von der Sparkasse als erste Priorität empfohlen und von der SPD, der FDP, der Linken und der Gruppe BIG unterstützt. Sie entspricht am ehesten dem, was der Rat bislang in seinen bisherigen Eckpunktebeschlüssen als Erwartung formuliert hat.

Mit dieser Regelung wird erreicht:

- Größtmögliche Rechtssicherheit für den Abschluss und die Grundstücksübertragung
- Größtmögliche Klarheit für einen risikoarmen und finanziell schonenden Weiterbau
- Größtmögliche Aussicht auf eine schnelle Fertigstellung

Dieser Vorschlag enthält – wie alle anderen möglichen Lösungen auch – Risiken. Aber



unter Abwägung aller Vor- und Nachteile scheint dieser Weg der zu sein, der vertretbar und gangbar ist.

Der wesentliche Vorzug dieser Lösung ist aus unserer Sicht: Die Stadt wird Eigentümer und kann weiterbauen. Der Vorschlag ist vergabe-, beihilfe- und haushaltsrechtlich geprüft – zu steuerrechtlichen Fragen liegen verbindliche Auskünfte der zuständigen Finanzverwaltung vor; so ist z.B. gesichert, dass die in den Baukosten enthaltene Mehrwertsteuer als Vorsteuer abgezogen werden kann.

Im Februar 2011 hat sich die Ratsmehrheit von CDU und Grünen, zuletzt unterstützt auch durch den BBB, von diesem gemeinsamen Weg einer einvernehmlichen Heimfallvereinbarung verabschiedet. Aufgrund der Hinzuziehung eines eigenen Beraters, der aber bei aller Kompetenz nur einen kleinen Ausschnitt aller Zusammenhänge berücksichtigen kann, wurde ein **Strategiewechsel hin zu einer streitigen Geltendmachung** des Heimfalls vorgenommen.

Es wurde unterstellt, dass die Stadt Bonn so billiger und schneller über die Baustelle verfügen und den Weiterbau durchführen kann.

Der Vorschlag bedeutet insbesondere, dass es zu keiner Vereinbarung mit dem Insol-

venzverwalter kommt und ein Streitiges Verfahren gegen ihn eingeleitet wird.

Unsere Befürchtung – der Weiterbau ist so nicht möglich und die Verfahrensdauer für ein Streitiges Verfahren kann ohne Weiteres fünf Jahre und mehr betragen.

CDU und Grüne behaupten, dass der Weiterbau durch einen Zwangsverwalter erfolgen könne – wie verrät die Koalition aber nicht. Auch Vergaberechtsfragen sind offen, ebenso wie die verbindliche Auskunft zum Vorsteuerabzug. Käme es zum



Weiterbau, erfolgt dieser zunächst auch auf einem fremden Grundstück – eine „schwierige“ Vorstellung.

Denn rechtlich gehört das Gebäude dem, dem das Grundstück gehört. In diesem Fall also nicht der Stadt, obwohl sie den Weiterbau finanzieren würde.

Die Risiken für die Stadt werden deutlich erhöht. Der Insolvenzverwalter wird seine Mittel in einer Streitigen Auseinandersetzung auch einsetzen. Es droht damit eine jahrelange Verzögerung, wichtige rechtliche Fragen (Vergaberecht, Beihilferecht) sind nicht geklärt.

Unklar bleibt auch, ob sich der Bund in den kommenden Jahren noch an seine Zusage hält, die Stadt Bonn für das Projekt mit zusätzlichen 17 Mio Euro zu unterstützen. Für die einvernehmliche Heimfallregelung steht dieses Geld aber zur Verfügung.

Wir haben daher den Weg von Schwarz/Grün abgelehnt. Zu Gesprächen sind wir bereit – aber diese sind bislang von CDU, Grünen und BBB abgelehnt worden. Dort scheint man mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, nachdem man den bis vor Kurzem gemeinsam beschrittenen Weg verlassen hat.

Der Rat wird sich am 2. Mai 2011 erneut mit der weiteren Strategie befassen. Uns ist bekannt, dass mehr und mehr Bonnerinnen und Bonner sagen: Beendet den Stillstand. Und reißt euch zusammen.

Daran wollen wir uns auch künftig ausrichten – in Verantwortung für unsere Stadt.